

Synopse zur Überarbeitung der Geschäftsordnung der Gemeinde Golzow

GeschO beschlossen am 29.04.2025	Überarbeitung	
Geschäftsordnung der Gemeindevorstezung und der Ausschüsse der Gemeinde Golzow (GeschO) vom 29.04.2025	Geschäftsordnung der Gemeindevorstezung und der Ausschüsse der Gemeinde Golzow (GeschO) vom 29.04.2025	<i>Beschlussdatum muss angepasst werden</i>
Die Gemeindevorstezung der Gemeinde Golzow hat am 29.04.2025 die folgende Geschäftsordnung beschlossen:	Die Gemeindevorstezung der Gemeinde Golzow hat am 29.04.2025 ... die folgende Geschäftsordnung beschlossen:	<i>Ebenfalls Anpassung des Beschlussdatums</i>
Inhaltsverzeichnis: Erster Abschnitt Allgemeines und Gemeindevorstezung § 1 Geltungsbereich § 2 Gemeindevorsteutzer § 3 Einberufung der Sitzungen § 4 Tagesordnungen § 5 Ratsinformationssystem § 6 Zuhörer § 7 Einwohnerfragestunde; Anhörung von Betroffenen und Sachverständigen § 8 Anfragen der Gemeindevorsteutzer § 9 Sitzungsablauf § 10 Behandlung der Tagesordnungspunkte, Unterbrechung und Vertagung § 11 Redeordnung § 12 Sitzungsleitung § 13 Mitwirkungsverbot § 14 Abstimmungen § 15 Einzel- und Gremienwahlen, Geheime Wahlen § 16 Niederschriften § 17 Bild- und Tonaufzeichnungen § 18 Fraktionen Zweiter Abschnitt Ausschüsse der Gemeindevorstezung § 19 Ausschüsse § 20 Verfahren in Ausschüssen	<i>Keine Änderung</i>	<i>Inhaltsverzeichnis bleibt unverändert</i>

Dritter Abschnitt Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften § 21 Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften		
Vierter Abschnitt Elektronische Medien, Kommunikation und Datenschutz § 22 Nutzung elektronischer Medien und Kommunikation § 23 Umgang mit Daten und Datenschutz		
Fünfter Abschnitt Schlussbestimmungen § 24 Funktionsbezeichnung § 25 Inkrafttreten		
Erster Abschnitt Allgemeines und Gemeindevertretung	<i>Keine Änderung</i>	
§ 1 Geltungsbereich und Funktionsbezeichnung	§ 1 Geltungsbereich <i>und Funktionsbezeichnung</i>	<i>Titel gem. Inhaltsverzeichnis</i>
Diese Geschäftsordnung gilt für die Gemeindevertretung, ihre Ausschüsse, Beiräte sowie Arbeitsgruppen. Sie gilt ergänzend zu den gesetzlichen Bestimmungen, zur Haupt- und Einwohnerbeteiligungssatzung der Gemeinde.	Diese Geschäftsordnung gilt für die Gemeindevertretung, ihre Ausschüsse, Beiräte sowie Arbeitsgruppen. Sie gilt ergänzend zu den gesetzlichen Bestimmungen, zur Haupt- und Einwohnerbeteiligungssatzung der Gemeinde Golzow .	<i>Ergänzung des Gemeindenamens</i>
§ 2 Gemeindevertreter (§ 31 BbgKVerf)	§ 2 Gemeindevertreter (§ 31 BbgKVerf)	
(1) Die Mitglieder der Gemeindevertretung haben die ihnen aus der Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung erwachsenen Pflichten zu erfüllen. Sie haben insbesondere an den Sitzungen der Gremien der Gemeinde Golzow, denen sie angehören, teilzunehmen.	(1) Die Mitglieder der Gemeindevertretung haben die ihnen aus der Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung erwachsenen Pflichten zu erfüllen. Sie haben insbesondere an den Sitzungen der Gremien der Gemeinde Golzow, denen sie angehören, teilzunehmen.	

<p>(2) Im Falle ihrer Verhinderung haben Mitglieder der Gremien vor der Sitzung den Vorsitzenden sowie den Sitzungsdienst zu informieren. Bei Ausschusssitzungen ist zusätzlich der Stellvertreter zu benachrichtigen.</p>	<p>(2) Im Falle ihrer Verhinderung haben Mitglieder der Gremien vor der Sitzung den Vorsitzenden sowie den Sitzungsdienst zu informieren. Bei Ausschusssitzungen ist zusätzlich der festgelegte Stellvertreter zu benachrichtigen.</p>	<i>Wording angeglichen (auch in folgenden Paragraphen)</i>
<p>§ 3 Einberufung der Sitzungen (§ 34 BbgKVerf)</p>	<p>§ 3 Einberufung der Sitzungen (§ 34 BbgKVerf)</p>	
<p>(1) Die Ladung zu den Sitzungen erfolgt elektronisch per E-Mail und unter Verwendung des Ratsinformations-systems auf der Internetpräsenz des Amtes Brück www.amt-brueck.de. Die Tagesordnung sowie alle zur Sitzung relevanten Dokumente werden unter Zugrundelegung der in § 5 festgehaltenen Rahmenbedingungen bereitgestellt. In begründeten und nicht vermeidbaren Ausnahmefällen können Vorlagen nachgereicht werden.</p> <p>(2) Die Ladungsfrist beträgt mindestens 10 volle Tage vor dem Tag der Sitzung. Die E-Mail mit der schriftlichen Ladung muss fristgerecht zugehen. (regelmäßige Ladungsfrist)</p> <p>(3) In dringenden Angelegenheiten kann die Ladungsfrist auf 4 volle Tage vor dem Tag der Sitzung verkürzt werden (vereinfachte Einberufung). Die Dringlichkeit ist in der Ladung zu begründen.</p> <p>(4) Die Sitzungen der Gemeindevorsteher und Ausschüsse erfolgen grundsätzlich in Präsenz. Abgesehen von der konstituierenden Sitzung können einzelne Gemeindevorsteher auf begründeten schriftlichen Antrag an der Sitzung per Video teilnehmen. Voraussetzungen hierfür ergeben sich aus dem § 34 Abs. 1a BbgKVerf</p>	<p>(1) Die Ladung zu den Sitzungen erfolgt elektronisch per E-Mail und unter Verwendung des Ratsinformations-systems auf der Internetpräsenz Startseite des Amtes Brück www.amt-brueck.de (Verwendung der Schaltfläche mit dem orange-roten Rathaus oder direkte Eingabe https://ris-brueck.komfa.de/index.php im Browser). Die Tagesordnung sowie alle zur Sitzung relevanten Dokumente werden unter Zugrundelegung der in § 5 festgehaltenen Rahmenbedingungen bereitgestellt. In begründeten und nicht vermeidbaren Ausnahmefällen können Vorlagen nachgereicht werden.</p> <p>(2) Die Ladungsfrist beträgt mindestens 10 7 volle Tage vor dem Tag der Sitzung. Die E-Mail mit der schriftlichen Ladung muss fristgerecht zugehen. (regelmäßige Ladungsfrist)</p> <p>(3) In dringenden Angelegenheiten kann die Ladungsfrist auf 4 volle Tage vor dem Tag der Sitzung verkürzt werden (vereinfachte Einberufung). Die Dringlichkeit ist in der Ladung zu begründen.</p> <p>(4) Die Sitzungen der Gemeindevorsteher und Ausschüsse erfolgen grundsätzlich in Präsenz. Abgesehen von der konstituierenden Sitzung können einzelne Gemeindevorsteher auf begründeten schriftlichen Antrag an der Sitzung per Video teilnehmen. Voraussetzungen</p>	<i>Wording angeglichen (auch in folgenden Paragraphen)</i> <i>Anpassung der genaueren Beschreibung zur Auffindung der Sitzungsdokumente nach dem Vorbild der GeschO des Amtsausschusses</i> <i>Verkürzung der Ladungsfrist auf Wunsch der GV</i>

<p>und individueller Lösungen in Abstimmung mit dem Vorsitz sowie dem Hauptverwaltungsbeamten. Die Durchführung von geheimen Wahlen ist in diesen Sitzungen nicht zulässig. Die per Video Teilnehmenden haben im nicht öffentlichen Teil der Sitzung sicherzustellen, dass die Nichtöffentlichkeit gewahrt bleibt und keine weiteren Personen die Sitzung verfolgen können.</p>	<p>hierfür ergeben sich aus dem § 34 Abs. 1a BbgKVerf, den technischen Möglichkeiten am Sitzungsort und individueller Lösungen in Abstimmung mit dem Vorsitz sowie dem Hauptverwaltungsbeamten. Die Durchführung von geheimen Wahlen ist in diesen Sitzungen nicht zulässig. Die per Video Teilnehmenden haben im nicht öffentlichen Teil der Sitzung sicherzustellen, dass die Nichtöffentlichkeit gewahrt bleibt und keine weiteren Personen die Sitzung verfolgen können.</p>	
<p>§ 4 Tagesordnung der Sitzung (§ 35 BbgKVerf)</p>	<p>§ 4 Tagesordnungen der Sitzung (§ 35 BbgKVerf)</p>	<p><i>Anpassung an Inhaltsverzeichnis</i></p>
<p>(1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung setzt die Tagesordnung der Gemeindevertretung im Benehmen mit dem Hauptverwaltungsbeamten fest.</p> <p>(2) Anträge der Gemeindevertreter zur Aufnahme von Beratungsgegenständen müssen dem Vorsitz der Gemeindevertretung spätestens bis zum Ablauf des 12. Tages vor der Sitzung von mindestens einem Zehntel der gesetzlichen Anzahl der Gemeindevertreter oder einer Fraktion schriftlich oder elektronisch benannt werden.</p> <p>(3) Bei Nichteinhaltung der Frist sind die Anträge in der Tagesordnung der nächstfolgenden Sitzung aufzunehmen. Es sei denn, es handelt sich um eine dringende Angelegenheit, deren Behandlung nicht bis in die nächste Sitzung aufgeschoben werden kann.</p> <p>(4) Tagesordnungspunkte, zu denen Gäste referieren, sind vorrangig zu behandeln. Die Redezeit ist mit den Gastrednern im Vorfeld der Sitzung abzustimmen.</p>	<p>(1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung setzt die Tagesordnung der Gemeindevertretung im Benehmen mit dem Hauptverwaltungsbeamten fest.</p> <p>(2) Anträge der Gemeindevertreter zur Aufnahme von Beratungsgegenständen müssen dem Vorsitz der Gemeindevertretung spätestens bis zum Ablauf des 12. Tages vor der Sitzung von mindestens einem Zehntel der gesetzlichen Anzahl der Gemeindevertreter oder einer Fraktion schriftlich oder elektronisch benannt werden.</p> <p>(3) Bei Nichteinhaltung der Frist sind die Anträge in der Tagesordnung der nächstfolgenden Sitzung aufzunehmen. Es sei denn, es handelt sich um eine dringende Angelegenheit, deren Behandlung nicht bis in die nächste Sitzung aufgeschoben werden kann.</p> <p>(4) Tagesordnungspunkte, zu denen Gäste referieren, sind vorrangig zu behandeln. Die Redezeit ist mit den Gastrednern im Vorfeld der Sitzung abzustimmen.</p>	<p><i>Anpassung des Wordings für Gleichlautende Bezeichnungen in allen Gemeinden</i></p>

§ 5 Umgang mit dem Ratsinformationssystem (RIS)	§ 5 Umgang mit dem Ratsinformationssystem (RIS)	Anpassung an Inhaltsverzeichnis
<p>(1) Das Ratsinformationssystem (RIS) ist ein webbasiertes Informationssystem, welches die Arbeit und den Sitzungslauf der Gremien der Gemeinde Golzow erfüllt und abbildet. Es ist geteilt in einen öffentlichen Teil, der für jedermann über die Internetpräsenz des Amtes Brück www.amt-brueck.de uneingeschränkt einsehbar ist, sowie in einen nicht öffentlichen Teil, der nur bestimmten Nutzergruppen durch Verwendung von Zugangsdaten offensteht.</p> <p>(2) Alle Mandatsträger erhalten persönliche Zugangsdaten für das RIS, um auf alle öffentlichen und nichtöffentlichen Dokumente zu den Sitzungen der Gremien denen sie angehören über die Internetpräsenz des Amtes Brück zugreifen zu können.</p>	<p>(1) Das Ratsinformationssystem (RIS) ist ein webbasiertes Informationssystem, welches die Arbeit und den Sitzungslauf der Gremien der Gemeinde Golzow erfüllt und abbildet. Es ist geteilt in einen öffentlichen Teil, der für jedermann über die Internetpräsenz Homepage des Amtes Brück www.amt-brueck.de (Verwendung der Schaltfläche mit dem orange-roten Rathaus oder direkte Eingabe https://ris-brueck.komfa.de/index.php im Browser) uneingeschränkt einsehbar ist, sowie in einen nicht öffentlichen Teil, der nur bestimmten Nutzergruppen durch Verwendung von Zugangsdaten offensteht.</p> <p>(2) Alle Mandatsträger erhalten persönliche Zugangsdaten für das RIS, um auf alle öffentlichen und nichtöffentlichen Dokumente zu den Sitzungen der Gremien denen sie angehören über die Internetpräsenz Homepage des Amtes Brück zugreifen zu können.</p>	
<p>§ 6 Zuhörer (§ 36 BbgKVerf)</p> <p>(1) An den öffentlichen Sitzungen der Gemeindevorstand können Zuhörer nach Maßgabe der vorhandenen Plätze teilnehmen.</p> <p>(2) Zuhörer sind nicht berechtigt, das Wort zu ergreifen oder sich an den Beratungen zu beteiligen. Sie dürfen die Beratung nicht stören. Zuhörer, welche die Ordnung stören, können vom Vorsitzenden der Gemeindevorstand aus dem Sitzungssaal verwiesen werden.</p>	<p>§ 6 Zuhörer (§ 36 BbgKVerf)</p> <p>(1) An den öffentlichen Sitzungen der Gemeindevorstand und ihrer Ausschüsse können Zuhörer nach Maßgabe der vorhandenen Plätze teilnehmen.</p> <p>(2) Zuhörer sind nicht berechtigt, das Wort zu ergreifen oder sich an den Beratungen zu beteiligen. Sie dürfen die Beratung nicht stören. Zuhörer, welche die Ordnung stören, können vom jeweiligen Vorsitzenden der Gemeindevorstand des Gremiums aus dem Sitzungssaal verwiesen werden.</p>	

§ 7 Einwohnerfragestunde; Anhörung von Betroffenen und Sachverständigen	<i>Keine Änderung</i>	
(1) Die nach § 2 der Hauptsatzung der Gemeinde Golzow und der Einwohnerbeteiligungssatzung der Gemeinde Golzow (in der jeweils gültigen Fassung) durchzuführende Einwohnerfragestunde findet zu Beginn des öffentlichen Teils (Teil 1) und am Ende des öffentlichen Teils (Teil 2) jeder regulären Gemeindevertretersitzung statt. Dies gilt nicht für Sitzungen, in denen nur nicht öffentlich zu behandelnde Gegenstände vorgesehen sind. (2) Die Gesamtdauer beider Teile der Einwohnerfragen soll 30 Minuten (jeweils 15 Minuten) nicht überschreiten. (3) Beschließt die Gemeindevertretung, zu einzelnen Tagesordnungspunkten zum Gegenstand der Beratung Betroffene oder Sachverständige zu hören, ist die Anhörung zu beenden, bevor Beratung und Abstimmung über den Gegenstand beginnen.	<i>Keine Änderung</i>	
§ 8 Anfragen der Gemeindevertreter	§ 8 Anfragen der Gemeindevertreter	
Anfragen der Gemeindevertreter an den Hauptverwaltungsbeamten, die in der Sitzung der Gemeindevertretung beantwortet werden sollen, können bis drei Arbeitstage vor der Sitzung per E-Mail an das Postfach anfragen@amt-brueck.de eingereicht werden. Diese sind kurz und sachlich abzufassen. Die Beantwortung erfolgt in der Regel schriftlich und wird den Gemeindevertretern zur jeweiligen Sitzung im Ratsinformationssystem (RIS) zur Verfügung gestellt.	Anfragen der Gemeindevertreter an den Hauptverwaltungsbeamten, die in der Sitzung der Gemeindevertretung beantwortet werden sollen, können bis drei Arbeitstage vor der Sitzung per E-Mail an das Postfach anfragen@amt-brueck.de eingereicht werden. Diese sind kurz und sachlich abzufassen.	

<p>Der Anfragende kann bis zu zwei Zusatzfragen stellen. Ist die Beantwortung wegen der Kürze der Zeit, aus Gründen des Rechercheumfangs und/oder Rückantwort Dritter nicht möglich, ist die Anfrage in der folgenden Sitzung zu beantworten. Gleiches gilt für mündlich in der Sitzung gestellte Anfragen, welche nicht direkt vom Hauptverwaltungsbeamten beantwortet werden können. Diese werden in der Niederschrift festgehalten und in der folgenden Sitzung beantwortet.</p>	<p>Die Beantwortung erfolgt in der Regel schriftlich (elektronisch) und wird den Gemeindevertretern zur jeweiligen Sitzung im Ratsinformationssystem (RIS) zur Verfügung gestellt.</p> <p>Der Anfragende kann bis zu zwei Zusatzfragen stellen. Ist die Beantwortung wegen der Kürze der Zeit, aus Gründen des Rechercheumfangs und/oder Rückantwort Dritter nicht möglich, ist die Anfrage in der folgenden Sitzung zu beantworten. Gleiches gilt für mündlich in der Sitzung gestellte Anfragen, welche nicht direkt vom Hauptverwaltungsbeamten beantwortet werden können. Diese werden in der Niederschrift festgehalten und in der folgenden Sitzung beantwortet.</p>	
<p>§ 9 Sitzungsablauf (§ 37 BbgKVerf)</p>	<p>§ 9 Sitzungsablauf (§ 37 BbgKVerf)</p>	
<p>(1) Der Vorsitzende eröffnet, leitet und schließt die Sitzungen der Gemeindevertretung. In den Sitzungen handhabt er die Ordnung und übt das Hausrecht aus. Im Falle seiner Verhinderung treten seine gewählten Stellvertreter in der Reihenfolge ihrer Benennung als Erster oder Zweiter Stellvertreter an seine Stelle.</p> <p>(2) Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind grundsätzlich in folgender Reihenfolge durchzuführen:</p> <p>Öffentlicher Teil</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit b) Änderungsanträge zur bzw. Feststellung der Tagesordnung c) Information zu wesentlichen Angelegenheiten der Gemeinde sowie Beschlusskontrolle 	<p>(1) Der Vorsitzende eröffnet, leitet und schließt die Sitzungen der Gemeindevertretung. In den Sitzungen handhabt er die Ordnung und übt das Hausrecht aus. Im Falle seiner Verhinderung treten seine gewählten Stellvertreter in der Reihenfolge ihrer Benennung als Erster oder Zweiter Stellvertreter an seine Stelle.</p> <p>(2) Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind grundsätzlich in folgender Reihenfolge durchzuführen:</p> <p>Öffentlicher Teil</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit b) Änderungsanträge zur bzw. Feststellung der Tagesordnung c) Information zu wesentlichen Angelegenheiten der Gemeinde sowie Beschlusskontrolle 	<p><i>Anpassung Titel TOP 2 für bessere Lesbarkeit. Änderungsanträge müssen nicht explizit erwähnt sein, um gestellt und beraten zu werden.</i></p>

<ul style="list-style-type: none"> d) Berichte aus den Sitzungen des Amtsausschusses, den Verbänden und Zweckverbänden und sonstigen Ausschüssen der Gemeinde e) Einwohnerfragestunde (Teil 1) f) Behandlung von Anfragen g) Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der letzten Sitzung am h) <i>Behandlung der öffentlichen Tagesordnungspunkte</i> i) Einwohnerfragestunde (Teil 2) <p><u>Nicht öffentlicher Teil</u></p> <ul style="list-style-type: none"> j) Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der letzten Sitzung k) Behandlung von Anfragen l) <i>Behandlung der nicht öffentlichen Tagesordnungspunkte</i> m) Schließung der Sitzung 	<ul style="list-style-type: none"> d) Berichte aus den Sitzungen des Amtsausschusses, den Verbänden und Zweckverbänden und sonstigen Ausschüssen der Gemeinde e) Einwohnerfragestunde (Teil 1) f) Behandlung von Anfragen <i>der Gemeindevertreter</i> g) Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der letzten Sitzung <i>am</i> h) <i>Behandlung der öffentlichen Tagesordnungspunkte</i> i) Einwohnerfragestunde (Teil 2) <p><u>Nicht öffentlicher Teil</u></p> <ul style="list-style-type: none"> j) Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der letzten Sitzung k) <i>Informationen zu wesentlichen Angelegenheiten der Gemeinde und Beschlusskontrolle</i> l) Behandlung von Anfragen <i>der Gemeindevertreter</i> m) <i>Behandlung der nicht öffentlichen Tagesordnungspunkte</i> n) Schließung der Sitzung 	<p>Über Einwendungen wird lt. BbgKVerf nicht entschieden/abgestimmt. Diese werden verlesen/vorgetragen und protokollarisch erfasst. Gilt für öT und nöt</p> <p>Ergänzung eines zum öT passenden TOP um auch zu nicht öffentlichen Inhalten ohne eigenen TOP zu informieren</p>
<p>§ 10 Behandlung der Tagesordnungspunkte, Unterbrechung und Vertagung</p>	<p>§ 10 Behandlung der Tagesordnungspunkte, Unterbrechung und Vertagung</p>	
<p>(1) Die Gemeindevertretung kann die Tagesordnungspunkte</p> <ul style="list-style-type: none"> a) durch die Entscheidung in der Sache abschließen, b) verweisen oder c) vertagen. <p>(2) Der Antrag auf Entscheidung in der Sache geht bei der Abstimmung dem Verweisungsantrag, dieser dem Vertagungsantrag vor. Wird einem Antrag stattgegeben,</p>	<p>(1) Die Gemeindevertretung kann die Tagesordnungspunkte</p> <ul style="list-style-type: none"> d) durch die Entscheidung in der Sache abschließen, e) verweisen oder f) vertagen. <p>(2) Der Antrag auf Entscheidung in der Sache geht bei der Abstimmung dem Verweisungsantrag, dieser dem Vertagungsantrag vor. Wird einem Antrag stattgegeben,</p>	

sind die bei der Antragstellung vorliegenden Wortmeldungen noch zuzulassen.	sind die bei der Antragstellung vorliegenden Wortmeldungen noch zuzulassen.	
<p>(3) Der Vorsitzende kann die Sitzung der Gemeindevertretung unterbrechen. Auf Antrag von einem Viertel ihrer anwesenden Mitglieder oder einer Fraktion muss er die Sitzung unterbrechen. Bei einer weiteren Unterbrechung ist für den Antrag die Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung erforderlich. Die Unterbrechung soll nicht länger als 15 Minuten andauern.</p> <p>(4) Nach 22:00 Uhr werden keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen. Der in der Beratung befindliche Tagesordnungspunkt wird abschließend behandelt. Sollte nach 22:00 Uhr noch 1 Tagesordnungspunkt offen sein, kann dieser noch abgehandelt werden. Die Gemeindevertretung kann gemäß § 34 Abs. 5 der BbgKVerf mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder die Unterbrechung der Sitzung und deren Fortsetzung zur Behandlung der noch offenen Tagesordnungspunkte an einem anderen Termin beschließen (Fortsetzungssitzung). Der Beschluss muss Zeit und Ort der Fortsetzungssitzung bestimmen. Für die Fortsetzungssitzung erfolgt keine erneute Ladung. Soll keine Fortsetzungssitzung beschlossen werden, sind die noch nicht aufgerufenen Tagesordnungspunkte in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung an vorderer Stelle auf die Tagesordnung zu setzen.</p>	<p>(3) Der Vorsitzende kann die Sitzung der Gemeindevertretung unterbrechen. Auf Antrag von einem Viertel ihrer anwesenden Mitglieder oder einer Fraktion muss er die Sitzung unterbrechen. Bei einer weiteren Unterbrechung ist für den Antrag die Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung erforderlich. Die Unterbrechung soll nicht länger als 15 Minuten andauern.</p> <p>(4) Nach 22:00 Uhr werden keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen. Der in der Beratung befindliche Tagesordnungspunkt wird abschließend behandelt. Sollte nach 22:00 Uhr noch 1 Tagesordnungspunkt offen sein, kann dieser noch abgehandelt werden. Die Gemeindevertretung kann gemäß § 34 Abs. 5 der BbgKVerf mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder die Unterbrechung der Sitzung und deren Fortsetzung zur Behandlung der noch offenen Tagesordnungspunkte an einem anderen Termin beschließen (Fortsetzungssitzung). Der Beschluss muss Zeit und Ort der Fortsetzungssitzung bestimmen. Für die Fortsetzungssitzung erfolgt keine erneute Ladung. Soll keine Fortsetzungssitzung beschlossen werden, sind die noch nicht aufgerufenen Tagesordnungspunkte in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung an vorderer Stelle auf die Tagesordnung zu setzen.</p>	
§ 11 Redeordnung	§ 11 Redeordnung	
(1) Reden darf nur, wer vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung das Wort erhalten hat. Wortmeldungen er-	(1) Reden darf nur, wer vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung das Wort erhalten hat. Wortmeldungen er-	

<p>folgen durch Handheben. Zu einem Tagesordnungspunkt kann dem einzelnen Gemeindevertreter bis zu dreimal das Wort erteilt werden.</p> <p>(2) Der Vorsitzende erteilt das Wort nach der Reihenfolge der Wortmeldungen, soweit nicht mit Zustimmung des Redeberechtigten hiervon abgewichen wird. Das Wort zur Geschäftsordnung ist jederzeit zu erteilen und darf sich nur auf den in der Beratung befindlichen Tagesordnungspunkt beziehen. Es darf dadurch kein Redner unterbrochen werden.</p> <p>(3) Dem Hauptverwaltungsbeamten ist auch außerhalb der Reihe der Wortmeldungen jederzeit das Wort zu erteilen.</p>	<p>folgen durch Handheben. Zu einem Tagesordnungspunkt kann dem einzelnen Gemeindevertreter bis zu dreimal das Wort erteilt werden.</p> <p>(2) Der Vorsitzende erteilt das Wort nach der Reihenfolge der Wortmeldungen, soweit nicht mit Zustimmung des Redeberechtigten hiervon abgewichen wird. Das Wort zur Geschäftsordnung ist jederzeit zu erteilen und darf sich nur auf den in der Beratung befindlichen Tagesordnungspunkt beziehen. Es darf dadurch kein Redner unterbrochen werden.</p> <p>(3) Dem Hauptverwaltungsbeamten ist auch außerhalb der Reihe der Wortmeldungen jederzeit das Wort zu erteilen.</p>	
<p>§ 12 Sitzungsleitung (§ 37 BbgKVerf)</p>	<p>§ 12 Sitzungsleitung (§ 37 BbgKVerf)</p>	
<p>(1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abweichen, zur Sache rufen, b) Mitglieder der Gemeindevertretung zur Ordnung rufen, wenn deren Verhalten den ordnungsgemäßen Ablauf der Sitzung stört. <p>(2) Ist ein Gemeindevertreter in einer Sitzung dreimal <i>zur Sache</i> gerufen worden, so hat ihm der Vorsitzende das Wort zu entziehen und darf es ihm in derselben Aussprache zum selben Gegenstand nicht wieder erteilen.</p> <p>(3) Ist ein Gemeindevertreter in einer Sitzung dreimal <i>zur Ordnung</i> gerufen worden, kann ihm der Vorsitzende für die Dauer der Sitzung das Wort entziehen oder ihn des Raumes verweisen.</p>	<p>(1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann</p> <ul style="list-style-type: none"> c) Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abweichen, zur Sache rufen, d) Mitglieder der Gemeindevertretung zur Ordnung rufen, wenn deren Verhalten den ordnungsgemäßen Ablauf der Sitzung stört. <p>(2) Ist ein Gemeindevertreter in einer Sitzung dreimal <i>zur Sache</i> gerufen worden, so hat ihm der Vorsitzende das Wort zu entziehen und darf es ihm in derselben Aussprache zum selben Gegenstand nicht wieder erteilen.</p> <p>(3) Ist ein Gemeindevertreter in einer Sitzung dreimal <i>zur Ordnung</i> gerufen worden, kann ihm der Vorsitzende für die Dauer der Sitzung das Wort entziehen oder ihn des Raumes verweisen.</p>	

§ 13 Mitwirkungsverbot (§ 22 BbgKVerf)	§ 13 Mitwirkungsverbot (§ 22 BbgKVerf)	
<p>(1) Muss ein Gemeindevertreter annehmen, an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilnehmen zu dürfen, so hat er dies dem Vorsitzenden vor Eintritt in die Beratung dieses Tagesordnungspunktes unaufgefordert anzugeben.</p> <p>(2) Ein Gemeindevertreter, für den nach Absatz 1 ein Mitwirkungsverbot besteht, hat bei nicht öffentlichen Sitzungen den Sitzungsraum zu verlassen, bei öffentlichen Sitzungen darf er sich im Raum befinden, jedoch weder an der Beratung noch an der Abstimmung teilnehmen.</p> <p>(3) Die Nichtmitwirkung (Befangenheit) ist in der Niederschrift festzuhalten.</p>	<p>(1) Muss ein Gemeindevertreter annehmen, an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilnehmen zu dürfen, so hat er dies dem Vorsitzenden vor Eintritt in die Beratung dieses Tagesordnungspunktes unaufgefordert anzugeben.</p> <p>(2) Ein Gemeindevertreter, für den nach Absatz 1 ein Mitwirkungsverbot besteht, hat bei nicht öffentlichen Sitzungen den Sitzungsraum zu verlassen, bei öffentlichen Sitzungen darf er sich im Raum befinden, jedoch weder an der Beratung noch an der Abstimmung teilnehmen.</p> <p>(3) Die Nichtmitwirkung (Befangenheit) ist in der Niederschrift festzuhalten.</p>	
§ 14 Abstimmungen (§ 39 BbgKVerf)	§ 14 Abstimmungen (§ 39 BbgKVerf)	
<p>(1) Grundsätzlich wird offen durch Handzeichen abgestimmt. Auf Verlangen eines Mitgliedes der Gemeindevertretung ist vor jeder Abstimmung der Antrag zu verlesen. Bei der offenen Abstimmung stellt der Vorsitzende der Gemeindevertretung die Anzahl der Mitglieder fest, die</p> <ul style="list-style-type: none"> a) dem Antrag zustimmen, b) den Antrag ablehnen oder c) sich der Stimme enthalten. <p>Wird das Abstimmungsergebnis sofort nach der Abstimmung angezweifelt, so muss die offene Abstimmung vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes wiederholt werden.</p>	<p>(1) Grundsätzlich wird offen durch Handzeichen abgestimmt. Auf Verlangen eines Mitgliedes der Gemeindevertretung ist vor jeder Abstimmung der Antrag zu verlesen. Bei der offenen Abstimmung stellt der Vorsitzende der Gemeindevertretung die Anzahl der Mitglieder fest, die</p> <ul style="list-style-type: none"> a) dem Antrag zustimmen, b) den Antrag ablehnen oder c) sich der Stimme enthalten. <p>Wird das Abstimmungsergebnis sofort nach der Abstimmung angezweifelt, so muss die offene Abstimmung vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes wiederholt werden.</p>	

<p>(2) Auf Verlangen von einem Mitglied der Gemeindevertretung oder einer Fraktion ist namentlich abzustimmen. Die Mitglieder werden in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen zur Stimmenabgabe aufgerufen. Die Stimmabgabe ist in der Niederschrift festzuhalten.</p> <p>(3) Liegen zu dem Tagesordnungspunkt Änderungs- und Ergänzungsanträge vor, wird zuerst über den Antrag abgestimmt, der von der Sitzungsvorlage am weitesten abweicht. Bei Änderungs- und Ergänzungsanträgen mit finanziellen Auswirkungen hat der den Vorrang, der Mehrausgaben oder Mindereinnahmen bewirkt. In Zweifelsfällen entscheidet der Vorsitzende der Gemeindevertretung.</p> <p>(4) Auf Antrag, der mit Stimmenmehrheit angenommen wurde, ist über einzelne Teile der Vorlage bzw. des Antrages gesondert abzustimmen. Über die Vorlage bzw. den Antrag ist alsdann insgesamt zu beschließen.</p> <p>(5) Anträge zur Geschäftsordnung haben jederzeit Vorrang und müssen vor Sachanträgen erledigt werden.</p>	<p>(2) Auf Verlangen von einem Mitglied der Gemeindevertretung oder einer Fraktion ist namentlich abzustimmen. Die Mitglieder werden in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen zur Stimmenabgabe aufgerufen. Die Stimmabgabe ist in der Niederschrift festzuhalten.</p> <p>(3) Liegen zu dem Tagesordnungspunkt Änderungs- und Ergänzungsanträge vor, wird zuerst über den Antrag abgestimmt, der von der Sitzungsvorlage am weitesten abweicht. Bei Änderungs- und Ergänzungsanträgen mit finanziellen Auswirkungen hat der den Vorrang, der Mehrausgaben oder Mindereinnahmen bewirkt. In Zweifelsfällen entscheidet der Vorsitzende der Gemeindevertretung.</p> <p>(4) Auf Antrag, der mit Stimmenmehrheit angenommen wurde, ist über einzelne Teile der Vorlage bzw. des Antrages gesondert abzustimmen. Über die Vorlage bzw. den Antrag ist alsdann insgesamt zu beschließen.</p> <p>(5) Anträge zur Geschäftsordnung haben jederzeit Vorrang und müssen vor Sachanträgen erledigt werden. Anträge zur Geschäftsordnung sind: a) auf Schluss der Aussprache/ Ende der Debatte, b) auf Verweisung in einen Ausschuss, c) auf Vertagung der Sitzung, d) auf Sitzungspause, e) auf Ausschluss oder Wiederherstellung der Öffentlichkeit.</p>	<p><i>Wenn gewünscht, können Bsp. zu Anträgen zur GeschO aufgelistet werden. Entscheidung der GV, ob dies ergänzt werden oder nicht.</i></p>
<p>§ 15 Einzel- und Gremienwahlen, Geheime Wahlen (§§ 40 und 41 BbgKVerf)</p>	<p>§ 15 Einzel- und Gremienwahlen, Geheime Wahlen (§§ 40 und 41 BbgKVerf)</p>	

(1) Zur Vorbereitung und Durchführung von geheimen Wahlen ist aus der Mitte der Gemeindevertretung ein aus 2 Personen bestehender Wahlausschuss zu bilden. (2) Hat die Gemeindevertretung eine einzelne Person zu bestellen oder vorzuschlagen, wird diese nach §40 BbgKVerf gewählt, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. (3) Hat die Gemeindevertretung mehrere Mitglieder eines Gremiums zu bestellen oder vorzuschlagen, werden die Mitglieder und ihre Stellvertreter nach § 41 BbgK-Verf gewählt, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist oder die Gemeindevertretung einstimmig ein anderes Verfahren beschließt. (4) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gibt das vom Wahlausschuss festgestellte Ergebnis der Wahl bekannt.	(1) Zur Vorbereitung und Durchführung von geheimen Wahlen ist aus der Mitte der Gemeindevertretung ein aus 2 Personen bestehender Wahlausschuss zu bilden. (2) Hat die Gemeindevertretung eine einzelne Person zu bestellen oder vorzuschlagen, wird diese nach §40 BbgKVerf gewählt, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. (3) Hat die Gemeindevertretung mehrere Mitglieder eines Gremiums zu bestellen oder vorzuschlagen, werden die Mitglieder und ihre Stellvertreter nach § 41 BbgK-Verf gewählt, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist oder die Gemeindevertretung einstimmig ein anderes Verfahren beschließt. (4) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gibt das vom Wahlausschuss festgestellte Ergebnis der Wahl bekannt.	
§ 16 Niederschriften (§ 42 BbgKVerf)	§ 16 Niederschriften (§ 42 BbgKVerf)	
(1) Der Hauptverwaltungsbeamte ist für die Erstellung der Niederschrift zur Gemeindevertretersitzung verantwortlich. Er bestimmt den Protokollführer. In Ausschusssitzungen bestimmt der jeweils Vorsitzende eine Person zur Protokollführung. (2) Die Sitzungsniederschrift muss enthalten a) den Ort, Tag, Beginn und Ende der Sitzung, b) die Namen der anwesenden sowie der entschuldigt und unentschuldigt abwesenden Mitglieder des Gremiums,	(1) Der Hauptverwaltungsbeamte ist für die Erstellung der Niederschrift zur Gemeindevertretersitzung verantwortlich. Er bestimmt den Protokollführer. In Ausschusssitzungen bestimmt der jeweilige Vorsitzende eine Person zur Protokollführung. (2) Die Sitzungsniederschrift muss enthalten a) den Ort, Tag, Beginn und Ende der Sitzung, b) die Namen der anwesenden sowie der entschuldigt und unentschuldigt abwesenden Mitglieder des Gremiums,	

<p>c) die Namen der teilnehmenden Verwaltungsvertreter und anderer zugelassener Personen,</p> <p>d) die Tagesordnung,</p> <p>e) den Wortlaut der Anträge mit Namen der Antragsteller, den Wortlaut der Beschlüsse,</p> <p>f) die Ergebnisse der Wahlen und Abstimmungen,</p> <p>g) den Ausschluss und die Wiederherstellung der Öffentlichkeit,</p> <p>h) das Abstimmungsverhalten jedes Mitgliedes der Gemeindevorvertretung, das dies verlangt,</p> <p>i) bei namentlicher Abstimmung das Abstimmungsverhalten der Gemeindevorvertreter und</p> <p>j) die Namen der wegen Befangenheit an Beratung oder Entscheidung zu einzelnen Tagesordnungspunkten nicht mitwirkenden Mitglieder der Gemeindevorvertretung.</p>	<p>c) die Namen der teilnehmenden Verwaltungsvertreter und anderer zugelassener Personen,</p> <p>d) die Tagesordnung,</p> <p>e) den Wortlaut der Anträge mit Namen der Antragsteller, den Wortlaut der Beschlüsse,</p> <p>f) die Ergebnisse der Wahlen und Abstimmungen,</p> <p>g) den Ausschluss und die Wiederherstellung der Öffentlichkeit,</p> <p>h) das Abstimmungsverhalten jedes Mitgliedes der Gemeindevorvertretung, das dies verlangt,</p> <p>i) bei namentlicher Abstimmung das Abstimmungsverhalten der Gemeindevorvertreter und</p> <p>j) die Namen der wegen Befangenheit an Beratung oder Entscheidung zu einzelnen Tagesordnungspunkten nicht mitwirkenden Mitglieder der Gemeindevorvertretung.</p>	
<p>(3) Angelegenheiten, die in nicht öffentlicher Sitzung behandelt wurden, sind gesondert zu protokollieren.</p>	<p>(3) Angelegenheiten, die in nicht öffentlicher Sitzung behandelt wurden, sind gesondert zu protokollieren.</p>	
<p>(4) Die Sitzungsniederschrift ist mit der Ladung zur nächsten ordentlichen Sitzung den Mitgliedern der Gemeindevorvertretung zur Verfügung zu stellen.</p>	<p>(4) Die Sitzungsniederschrift ist mit der Ladung zur nächsten ordentlichen Sitzung den Mitgliedern der Gemeindevorvertretung zur Verfügung zu stellen.</p>	
<p>(5) Soweit nicht im Einzelfall aus Gründen des öffentlichen Wohls oder zur Wahrung von Rechten Dritter etwas anderes beschlossen wird, wird die Öffentlichkeit über den wesentlichen Inhalt der Beschlüsse der Gemeindevorvertretung unterrichtet. Dies erfolgt durch Veröffentlichung der wesentlichen Inhalte der Beschlusstexte auf der Internetpräsenz des Amtes Brück (www.amt-brueck.de) im Ratsinformationssystem (RIS) in der jeweiligen Sitzung.</p>	<p>(5) Soweit nicht im Einzelfall aus Gründen des öffentlichen Wohls oder zur Wahrung von Rechten Dritter etwas anderes beschlossen wird, wird die Öffentlichkeit über den wesentlichen Inhalt der Beschlüsse der Gemeindevorvertretung unterrichtet. Dies erfolgt durch Veröffentlichung der wesentlichen Inhalte der Beschlusstexte auf der Internetpräsenz Homepage des Amtes Brück (www.amt-brueck.de unter Verwendung der Schaltfläche mit dem orange-roten Rathaus oder direkte Eingabe https://ris-brueck.komfa.de/index.php im Browser) im Ratsinformationssystem (RIS) in der jeweiligen Sitzung.</p>	

§ 17 Bild- und Tonaufzeichnungen (§ 36 Abs. 3 BbgK-Verf)	<i>Keine Änderungen</i>	
(1) Bild- und Tonübertragungen sowie Bild- und Tonaufzeichnungen der öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung durch Presse, Rundfunk und ähnliche Medien sind grundsätzlich zulässig. (2) Absatz 1 gilt für von der Gemeindevertretung selbst veranlasste Bild- und Tonübertragungen sowie Bild- und Tonaufzeichnungen entsprechend. (3) Zur Erleichterung der Fertigstellung der Sitzungsniederschrift sind Tonaufzeichnungen der vollständigen Sitzung zulässig. Sie sind gemäß § 42 Abs.3 Satz 4 BbgKVerf nach der darauf folgenden Sitzung zu löschen. (4) Bild- und Tonübertragungen sowie Bild- und Tonaufzeichnungen, die nicht den Absätzen 1 bis 3 entsprechen, sind nicht zulässig.	<i>Keine Änderungen</i>	
§ 18 Fraktionen (§ 32 BbgKVerf)	§ 18 Fraktionen (§ 32 BbgKVerf)	
(1) Fraktionen sind Vereinigungen von Mitgliedern der Gemeindevertretung. Eine Fraktion muss mindestens aus 2 Mitgliedern bestehen. Fraktionen wirken an der Willensbildung und Entscheidungsfindung in der Gemeindevertretung mit. (2) Die Fraktionen haben dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung von ihrer Bildung unverzüglich schriftlich	(1) Fraktionen sind Vereinigungen von Mitgliedern der Gemeindevertretung. Eine Fraktion muss mindestens aus 2 Mitgliedern bestehen. Fraktionen wirken an der Willensbildung und Entscheidungsfindung in der Gemeindevertretung mit. (2) Die Fraktionen haben dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung von ihrer Bildung unverzüglich schriftlich	

<p>Kenntnis zu geben. Die Mitteilung hat die genaue Bezeichnung der Fraktion, die Namen des Fraktionsvorsitzenden, seiner Stellvertreter sowie aller der Fraktion angehörigen Gemeindevorsteher zu enthalten. Die einer Fraktion zustehenden Rechte kann sie nach Zugang der Mitteilung nach Satz 2 wahrnehmen. Veränderungen sind dem Vorsitzenden stets unverzüglich schriftlich mitzuteilen.</p>	<p>Kenntnis zu geben. Die Mitteilung hat die genaue Bezeichnung der Fraktion, die Namen des Fraktionsvorsitzenden, seiner Stellvertreter sowie aller der Fraktion angehörigen Gemeindevorsteher zu enthalten. Die einer Fraktion zustehenden Rechte kann sie nach Zugang der Mitteilung nach Satz 2 wahrnehmen. Veränderungen sind dem Vorsitzenden der Gemeindevorsteher stets unverzüglich schriftlich mitzuteilen.</p>	
<p>Zweiter Abschnitt Ausschüsse der Gemeindevorsteher</p>	<p><i>Keine Änderung</i></p>	
<p>§ 19 Ausschüsse (§ 44 BbgKVerf)</p>	<p><i>Keine Änderung</i></p>	
<p>Die Gemeindevorsteher kann zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur Kontrolle der Verwaltung aus ihrer Mitte Ausschüsse bilden.</p>	<p><i>Keine Änderung</i></p>	
<p>§ 20 Verfahren in den Ausschüssen (§ 44 BbgKVerf)</p>	<p>§ 20 Verfahren in den Ausschüssen (§ 44 BbgKVerf)</p>	
<p>(1) Für Geschäftsgang und Verfahren der von der Gemeindevorsteher gebildeten Ausschüsse gelten die Vorschriften des Ersten Abschnittes sinngemäß, soweit nicht gesetzlich oder in den folgenden Absätzen eine andere Regelung getroffen wird.</p> <p>(2) Die Öffentlichkeit soll über Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung der Ausschüsse durch Aushang in den in der Hauptsatzung der Gemeinde Golzow aufgeführten Bekanntmachungskästen unterrichtet werden. Weiterhin erfolgt die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Internetpräsenz Homepage des Amtes Brück</p>	<p>(1) Für Geschäftsgang und Verfahren der von der Gemeindevorsteher gebildeten Ausschüsse gelten die Vorschriften des Ersten Abschnittes sinngemäß, soweit nicht gesetzlich oder in den folgenden Absätzen eine andere Regelung getroffen wird.</p> <p>(2) Die Öffentlichkeit soll über Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung der Ausschüsse durch Aushang in den in der Hauptsatzung der Gemeinde Golzow aufgeführten Bekanntmachungskästen unterrichtet werden. Weiterhin erfolgt die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Internetpräsenz Homepage des Amtes Brück</p>	

Internetpräsenz des Amtes Brück (www.amt-brueck.de).	(www.amt-brueck.de) im Ratsinformationssystem (RIS).	
Dritter Abschnitt Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften	<i>Keine Änderung</i>	
§ 21 Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften	<i>Keine Änderung</i>	
Die Bestimmungen des Zweiten Abschnittes sind sinngemäß auch auf solche Ausschüsse der Gemeinde anzuwenden, die auf besonderen Rechtsvorschriften beruhen, so weit diese Vorschriften nichts anderes bestimmen.	<i>Keine Änderung</i>	
Vierter Abschnitt Elektronische Medien, Kommunikation und Datenschutz	<i>Keine Änderung</i>	
§ 22 Nutzung elektronischer Medien und Kommunikation	§ 22 Nutzung elektronischer Medien und Kommunikation	
<p>(1) Der Austausch von Einladungen, Tagesordnungen, Anträgen und sonstiger Unterlagen erfolgt auf dem Postweg in Papierform.</p> <p>(2) Gemeindevorsteher können auf die Zusendung in Papierform verzichten. In diesem Fall werden ausschließlich Unterlagen auf dem Postweg zugestellt, welche nicht elektronisch vorliegen und/oder einer besonderen Vertraulichkeit unterliegen. Für die Zusendung an die Verwaltung kann in jedem Fall wahlweise auch der Postweg verwendet werden.</p> <p>(3) Mitgliedern der Gemeindevorsteher sind auf Antrag durch die Verwaltung persönliche E-Mail-Postfächer in</p>	<p>(1) Der Austausch von Einladungen, Tagesordnungen, Anträgen und sonstiger Unterlagen zur Gremiumsarbeite erfolgt auf dem Postweg in Papierform in der Regel elektronisch.</p> <p>(2) Gemeindevorsteher können auf die Zusendung in Papierform verzichten. Dies ist dem Sitzungsdienst unverzüglich (elektronisch oder postalisch) schriftlich mitzuteilen. In diesem Fall werden ausschließlich sämtliche Unterlagen ausschließlich auf dem Postweg zugestellt, welche nicht elektronisch vorliegen und/oder einer besonderen Vertraulichkeit unterliegen. Zugangsdaten für das RIS sowie der in der Entschädigungssatzung unter § 11 geregelte einmalige</p>	

<p>der Domäne des Amtes einzurichten. Weitere elektronische Hilfsmittel, z.B. Cloud-Zugänge, Kommunikations-Anwendungen, können bereitgestellt werden, sofern diese in der Amtsverwaltung verfügbar sind. Ein Anspruch besteht nicht.</p>	<p>Zuschuss für digitale Endgeräte werden in diesen Fällen nicht bereitgestellt. Für die Zusendung an die Verwaltung kann in jedem Fall wahlweise auch der Postweg verwendet werden.</p> <p>(3) Mitgliedern der Gemeindevertretung sind auf Antrag werden nach Mandatsantritt durch die Verwaltung persönliche E-Mail-Postfächer in der Domäne des Amtes einzurichten eingerichtet. Über die zugehörigen Abläufe werden die neuen Mitglieder schriftlich auf dem Postweg informiert. Weitere elektronische Hilfsmittel, z.B. Cloud-Zugänge, Kommunikations-Anwendungen, können bereitgestellt werden, sofern diese in der Amtsverwaltung verfügbar sind. Ein Anspruch besteht nicht.</p>	
<p>§ 23 Umgang mit Daten und Datenschutz</p>	<p><i>Keine Änderung</i></p>	
<p>Die Mitglieder der Gemeindevertretung dürfen vertrauliche Unterlagen mit personenbezogenen Daten nur für ihre gesetzlichen Aufgaben verwenden.</p> <p>Personenbezogene Daten beziehen sich auf bestimmte oder bestimmbare Personen. Vertrauliche Unterlagen sind alle Dokumente, die als vertraulich gekennzeichnet sind oder personenbezogene Daten enthalten.</p> <p>Diese Unterlagen müssen so aufbewahrt werden, dass Dritte keinen Zugang haben. Die Weitergabe an Dritte ist, außer an Vertreter, nicht gestattet.</p> <p>Auf Anfrage müssen sie dem Hauptverwaltungsbeamten Auskunft über gespeicherte Daten erteilen.</p> <p>Vertrauliche Unterlagen sind sofort zu vernichten, wenn sie nicht mehr benötigt werden, insbesondere jedoch nach dem Ausscheiden aus der ehrenamtlichen Tätigkeit.</p>	<p><i>Keine Änderung</i></p>	
<p>Fünfter Abschnitt Schlussbestimmungen</p>	<p><i>Keine Änderung</i></p>	

§ 24 Funktionsbezeichnungen	<i>Keine Änderung</i>	
Soweit in dieser Geschäftsordnung Funktionen mit einem geschlechtsspezifischen Begriff beschrieben werden, gilt die jeweilige Bestimmung für das jeweils andere Geschlecht gleichermaßen.	<i>Keine Änderung</i>	
§ 25 Inkrafttreten	§ 25 Inkrafttreten	
Diese Geschäftsordnung tritt am Tage nach der Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung, die am 02.12.2008 sowie die Änderung, die am 06.08.2019 beschlossen wurden, außer Kraft.	Diese Geschäftsordnung tritt am Tage nach der Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung, die am 02.12.2008 sowie die Änderung, die am 06.08.2019 beschlossen wurden 29.04.2025 beschlossen wurde , außer Kraft.	
Brück, den 26. Mai 2025 Ralf Werner Vorsitzender der Gemeindevertretung	Brück, den 26. Mai 2025 Ralf Werner Vorsitz ender der Gemeindevertretung	
Hinweis: Da die Geschäftsordnung nur organisationsinternes Recht der Vertreterkörperschaft regelt, unterliegt sie nicht den Formvorschriften für gemeindliche Satzungen und bedarf daher zu ihrer Wirksamkeit keiner öffentlichen Bekanntmachung.	Hinweis: Da die Geschäftsordnung nur organisationsinternes Recht der Vertreterkörperschaft regelt, unterliegt sie nicht den Formvorschriften für gemeindliche Satzungen und bedarf daher zu ihrer Wirksamkeit keiner öffentlichen Bekanntmachung.	